

Initiativantrag

der Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags betreffend Klimaschutz Jetzt! Konkrete Klimaschutzmaßnahmen bis Ende 2019 umsetzen

Gemäß § 25 Abs. 7 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich im Sinne der nächsten Generationen im eigenen Wirkungsbereich und bei der Bundesregierung für weitreichendere Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen: Die zahlreichen in den vergangenen Monaten und Jahren eingebrachten und in den Ausschüssen des Oö. Landtages bereits diskutierten konkreten Umsetzungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise sind parallel zum nationalen Energie- und Klimaplan ohne weitere Verzögerungen noch im Jahr 2019 umzusetzen. Zu diesen Umsetzungsmaßnahmen zählen die klimaneutrale Gestaltung der Landesverwaltung, der Abbau klimaschädlicher Subventionen, die schrittweise Umsetzung einer aufkommensneutralen ökosozialen Steuerreform, eine Anpassung des Raumordnungsrechts für mehr Bodenschutz und Ortskernstärkung sowie eine Energie- und Mobilitätswende.

Begründung

Die Klimakrise ist in der Mitte unserer Lebensrealität angekommen und es ist Zeit, sie als eine der größten Herausforderungen der Menschheit anzuerkennen. Der Juni 2019 war der heißeste Juni seit Beginn der Aufzeichnungen in Europa und auch weltweit. WissenschaftlerInnen bestätigen, dass derart extreme Hitzewellen durch den Klimawandel häufiger und intensiver werden, weil das Temperaturniveau in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist und Wetterlagen länger anhalten als früher.

Weltweit führen uns bereits Extremwetterlagen, Dürre, Hitzetote, Artensterben, steigende Meeresspiegel, Nahrungsmittelengpässe und neue Fluchtbewegungen auf eindringliche Weise vor Augen, welchen dramatischen Handlungsdruck wir beim Klimaschutz haben.

Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Die Ziele des Klimaschutz-Übereinkommens von Paris sehen ab 2050 eine weitgehend CO₂-freie Lebens- und Wirtschaftsweise in Industrienationen vor. Mit welchen konkreten

Maßnahmen wir in Österreich dieses ambitionierte Ziel erreichen, soll im Österreichischen Energie- und Klimaplan fixiert werden. Der aktuelle Entwurf dieses Energie- und Klimaplan von Österreich wird aber von internationalen und nationalen ExpertInnen katastrophal bewertet. Die mit den bisher geplanten Maßnahmen verbundenen Verfehlungen der Emissionsziele haben enorme Kosten für Österreich und seine BürgerInnen zur Folge. So zeigen Berechnungen von Fachleuten, dass Strafgeldzahlungen von rund 10 Milliarden Euro bis 2030 drohen. Für das Land Oberösterreich würde das Kosten von rund 300 Millionen Euro nach sich ziehen.

In seiner Verantwortung für künftige Generationen soll sich die Oö. Landesregierung mit Mut nun folgende ambitionierte Ziele und Maßnahmen setzen und

- die Landesverwaltung ab sofort klimaneutral gestalten und den Energiebedarf im eigenen Wirkungsbereich der Landesgebäude und des Fahrzeugpools höchstmöglich reduzieren und spätestens zum Jahr 2040 ausschließlich durch erneuerbare Energieträger decken sowie die Landesförderungen hinsichtlich Klimawirksamkeit bewerten und klimaschädliche Subventionen abbauen. (Beilage 1109/2019 betreffend „Klimaneutrale Landesverwaltung und Abbau klimaschädlicher Landesförderungen“)
- eine aufkommensneutrale ökosoziale Steuerreform schrittweise umsetzen, die klimaschädliches Verhalten belastet, klimaschützendes Verhalten belohnt, den Faktor Arbeit entlastet und Umweltinvestitionen begünstigt, sowie klimaschädliche Subventionen auf Bundesebene schrittweise reduzieren bzw. streichen (Beilage 1110/2019 betreffend „Ökosoziale Steuerreform und Abbau klimaschädlicher Subventionen“)
- Maßnahmen und klare Ziele aus dem zukunftsweisenden „Energiewende 2030-Programm“ aus 2007 wie beispielsweise eine Verdreifachung der Altbausanierungsrate im Zeithorizont bis 2030, ein 100.000 Dächer-Programm für einen massiven Ausbau von Sonnenstrom oder einen beschleunigten Gesamtaus- und -umstieg von Ölheizungen wieder verstärkt in den Vordergrund der OÖ Energiepolitik rücken (Beilage 1114/2019 betreffend „Energierategie des Landes Oberösterreich“)
- Bodenversiegelung verringern sowie Stadt- und Ortskerne stärken, u.a. durch klimafreundliche Mobilitätskonzepte bei neuen Baulandausweisungen, Aufbau einer Leerstands-Datenbank etc. (Beilage 1112/2019 betreffend „Oö. Raumordnungsgesetz-Novelle“, Beilage 1041/2019 betreffend „Handelsbetriebe nur mehr mit Kraftfahrzeug-Stellplätzen im oder auf dem Bau“, Beilage 511/2017 betreffend „Masterplan Bodenschutz für OÖ zum Schutz der heimischen Agrarflächen vor Bodenversiegelung“, Beilage 512/2017 betreffend „Masterplan Bodenschutz für Österreich“ und Beilage 275/2016 betreffend „Verstärkte Maßnahmen zum Bodenschutz bei großen Bauprojekten“)
- des kostengünstigen „Jugendticket Netz“ auf alle in Ausbildung befindlichen jungen Menschen bis zum 26. Lebensjahr erweitern (Beilage 1076/2019 betreffend „Kostengünstiges und klimafreundliches Jugendticket für alle jungen Menschen in Ausbildung“).

Linz, am 17. September 2019

(Anm. Fraktion der GRÜNEN)

Kaineder, Schwarz, Böker, Buchmayr, Hirz